

Die **FEILE** im Brot

ES ist nicht gerade einfach, Emotionen beiseite zu schieben, damit kein dichter Nebel die Faktenlage umhüllt. Aber in der Ruhe liegt die Kraft!



WAS hier steht, richtet sich nicht gegen, sondern für Deutschland. Nicht gegen „den Staat“, sondern für den Staat. Es geht um politische Kritik im positiven Sinn. Es geht um den mündigen Bürger. So, wie es bzw. wie er in unseren Lehrbüchern steht. Da wir den Platz der konstruktiven Kritik nicht denen überlassen wollen, die immer nur gegen alles sind und selber keinen konstruktiven Beitrag leisten, müssen wir selber zu unseren größten Kritikern werden. Nur dann können Missstände wirklich aufgedeckt und vor Instrumentalisierung geschützt werden.

ES geht darum, kein pauschales Urteil zu fällen. Das wiederum geht nur, wenn man den Mut hat, genau hinzuschauen. Wenn man nicht nur einen schnellen, oberflächlichen Blick in den scheinbar sauberen Raum wirft,

sondern mit der Taschenlampe auch in jede Ecke und unter den Teppich leuchtet. Wenn man dasjenige nicht verteidigt, was einfach nicht zu verteidigen ist, auch wenn man vielleicht früher daran geglaubt hat.

NUN, in den letzten Jahren habe ich in universitären Hörsälen eine unfassbare Lethargie der Studierenden kennengelernt. Eine Angststarre. War aber die Universität nicht einst der klassische Ort des offenen Streits und des Diskurses? Aber ganz egal was auch immer heute serviert wird, die Studierenden stopfen wirklich alles still und brav in sich hinein. Vielen sind die Inhalte egal. Ab und an fragt einer nach, ab und an kommt mal ein kritischer Einwand, meistens von „dem einen“ oder von „der einen“, die dafür eh schon bekannt sind. Die große Mehrheit hingegen denkt nur an Noten, an das Zeugnis, an die Karriere – denn „man ist doch nicht blöd“, sich seine berufliche Zukunft durch hörbar kritisches Nachfragen zu verbauen.

OBWOHL es Meinungsfreiheit gibt, reden auch außerhalb der Universitäten viele Menschen – wenn überhaupt - nur noch privat „gegen den Strom“. Mutig wird man öffentlich nur dann, wenn der Lärm des vorbeifahrenden Zuges oder der Laubbläser des Nachbarn die kritischen Worte übertönt. Wird es still und werden gesprochene Worte hörbar, passt man sich entweder an

den „Mainstream“ an oder wechselt lieber das Thema.

DIE Gesellschaft, in der man lebt, grundsätzlich in Frage zu stellen, war einmal Kern einer fortschrittsgewandten Denkweise. Kritik war nichts Negatives. Im Gegenteil: Sie war der starke Motor des Fortschritts. Wo aber ist der Wille, wo aber ist der Mut, wo aber ist die eigentliche Pflicht des mündigen Bürgers geblieben, alles zu jeder Zeit in Frage zu stellen?



ZUNÄCHST: Wir sollten aufhören, den Predigern des neoliberalen Irrglaubens zu folgen. Als sich vor rund dreißig Jahren der Ostblock auflöste, verstärkte sich in Deutschland die Meinung, man müsse die sogenannte „Wettbewerbsfähigkeit“ des Landes stärken. Die bisher angeblich zu hohen sozialen Standards müssten reduziert werden und die Löhne dürften nicht im bisherigen Maß steigen, wolle Deutschland mit den anderen, den „billigeren“ Ländern mithalten. Auch mit den sogenannten „Hartz IV – Reformen“ Anfang der 2000er Jahre

(wobei der PR-Ausdruck „Reform“ meistens das viel weniger populäre „Kürzen von Leistungen“ umschreibt) sorgte ausgerechnet die damalige rot-grüne Bundesregierung dafür, dass sich in Deutschland ein großer Bereich prekärer Beschäftigung mit niedrigsten, mit unmenschlichen Löhnen bildete. Wenn die Zahlen stimmen, arbeiten heute in Deutschland rund 25% der Beschäftigten, viele davon in den östlichen Bundesländern, unter solchen Verhältnissen, in und von denen allein kein Mensch bei uns vernünftig leben kann. Moderne Arbeitsklaven, von denen man wenig hört, weil sie medial vor allem im Dunkeln und nicht im Licht stehen.

DER Zeitgeist vor rund 20 Jahren war übrigens von der heutzutage allzu scheinheilig beschworenen „Verantwortung für unser aller Gesundheit“ weit entfernt – wer damals zum Beispiel mit einer Virusinfektion vernünftigerweise daheimblieb, galt schnell als der typische Drückeberger, der nicht arbeiten wolle. So wie „die“ Arbeitslosen, die angeblich alle nur faul dem Staat auf der Tasche lagen und an ihrem Schicksal selber schuld waren.

WIE sollen nun aber all jene, die viel zu wenig verdienen oder mit ungewünscht befristeten Arbeitsverhältnissen leben müssen, ein einigermaßen ausreichendes Vermögen aufbauen? Wovon sollen

sie zum Beispiel im Ruhestand leben? Auswüchse genau dieser Politik sieht man in beinahe jeder Großstadt. Auch in München sind die Flaschensammler nicht nur deutlich mehr geworden, sondern sehen heute aus wie Du und Ich: Sie kommen immer häufiger auch aus der einstigen Mitte der Gesellschaft. Und je größer die Armut unten wird, umso größer wächst auch die Sorge der Mitte, in diese Armut abzugleiten.

2018 sollen über 8 Millionen Menschen in Deutschland weniger als 11,40 Euro brutto pro Stunde verdient haben. Daher sollte der Mindestlohn in Deutschland sofort deutlich angehoben werden. Wer das ablehnt, möge sich freiwillig bereit erklären, ein paar Jahre für weniger zu arbeiten.

AUF der anderen Seite wachsen private Vermögen in immer weniger Händen immer mehr an. Vermögen sind noch deutlich ungleicher verteilt als das Einkommen. Für den Normalbürger mehr oder weniger undurchschaubar ist vor allem das, was an den Finanzmärkten passiert, wo fernab jedes politischen Widerstands binnen weniger Sekunden unvorstellbare Milliarden- und Billionen-Summen transferiert, verschoben, vermehrt oder „verzockt“ werden. Mit der guten alten „Realwirtschaft“ hat das schon lange nichts mehr zu tun.



HÖREN wir auch endlich auf, unsere Außenpolitik nur zu beschönigen. Es war die damalige rot-grüne Regierung, die im Rahmen der NATO 1999 einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien geführt hat. Dieser Krieg setzte das Völkerrecht außer Kraft: Angriffskriege sind verboten! Es ist daher völlig absurd, anderen Ländern, zum Beispiel Russland, Völkerrechtsbruch vorzuwerfen. Diese Länder fragen nämlich bis heute völlig zurecht: Wer hat den Stein 1999 ins Rollen gebracht? Wer hat den Präzedenzfall geschaffen?

ÜBERHAUPT ist die Welt von einer „Friedensdividende“ nach 1990 weit entfernt. Die sogenannte „westliche Wertegemeinschaft“ hat in unterschiedlichen Koalitionen etliche Kriege geführt – Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, um nur einige betroffene Länder zu nennen. Begründet wurden diese von den USA angeleiteten Kriege immer mit den humansten Motiven, die man sich nur vorstellen kann: Menschenrechte, Freiheit, Demokratie.

Diese vermeintlich edlen Ziele dienen nur dazu, die eigene Bevölkerung propagandistisch zur Kriegsbefürwortung zu bringen. In Wahrheit aber trägt der Kapitalismus den Krieg in sich wie die Wolke den Regen. Schlimme Diktaturen stören die Mächtigen des Westens nämlich nur dann, wenn sie nicht westlichen Interessen dienen oder sich diesen nicht unterwerfen wollen. Oder ist Saudi-Arabien etwa eine Demokratie?

IN jedem Krieg wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Man denke zum Beispiel an den damaligen US-Außenminister Powell, der zwei Jahre nach dem Irak-Krieg (2003) eingestand, dass die Geschichte mit den Massenvernichtungswaffen in Saddam Husseins Händen wohl doch nicht so ganz gestimmt hätte. Bestraft wurden er und seine Kriegs-Regierung nie. Von wem auch? Es war eben Pech für die vielen tausend, eher die vielen hunderttausend Iraker, die dem US-Krieg zum Opfer fielen. Und kein Wunder, dass sich - wenn auch nur relativ wenige - Menschen in Teilen dieser Region anschließend extrem radikalisierten und zu gewaltbereiten Organisationen zusammenschlossen.

MAN ist nicht automatisch ein Freund von wirklich brutalen Diktatoren, wenn man deutlich anspricht, dass es der westlichen (Kriegs-)politik vorrangig um wirtschaftliche, machtpolitische und geopolitische Ziele geht. Es ist einfach nur absurd und pure Heuchelei, wenn das immer

nur Russland, China oder Iran zugeschrieben wird. Allein die US-Präsidenten der letzten Jahrzehnte sind allesamt Rechtsbrecher und Kriegsverbrecher. Da kann auch der völlig unberechtigte Friedensnobelpreis für den gut vermarkteten „Drohnenkrieger“ Obama nicht darüber hinwegtäuschen.

STIMMEN, die das oder ähnliches sagen, wird in den deutschen Staatsmedien, die sich öffentlich-rechtlich nennen, nur selten oder verzerrt Gehör verschafft. Diese Leit-Medien vermitteln im Wesentlichen nur die Leit-Meinung. Es ist die Meinung der Oberen. Das hat sich bis heute nicht geändert, im Gegenteil. Von objektiver Berichterstattung entfernen sich die großen Medien immer weiter, es wird immer offener „Meinung gemacht“: Demonstranten in Hongkong nennen sie pauschal „Demokratiebewegung“, unliebsame Demonstranten im eigenen Land aber nennen sie ebenso pauschal „Verschwörer“ und „Spinner“. Demonstranten in Weißrussland zeigen sie gerne als junge Frauen, die sich unbewaffnet und mutig einer Übermacht von brutaler Staatspolizei und Militär gegenüberstellen. Unerwünschte Demonstranten hierzulande aber sind tätowierte, schreiende Männer, so gewalttätig, dass sie nachts wohl auch unsere Kinder vergewaltigen würden. „Fridays for future“, „Black lives

matter“ oder die „weißrussische Opposition“ (deren Ziele eigentlich gar niemand kennt), das sind wiederum allesamt „die Guten“. Auch ohne Abstand und Maske. Gearbeitet wird mit Bildern und Emotionen. Tiefere Inhalte werden weggelassen, denn die würden dieses mühselig aufgebaute Schwarz-Weiß-Bild ja nur unnötig kompliziert machen.

DIE Leit-Medien sind heute Meinungsampeln, die uns das Denken abnehmen und uns somit lenken. Sie schalten bei den „Richtigen“ auf grün und bei den „Falschen“ auf rot. Neutrale, nicht wertende Berichte und wirklich kontroverse Diskurse, eigentlich unumstößliche Kennzeichen jeder Demokratie, würden da den Verkehr bloß stören, den die nur scheinbar freien Medien-Ampeln gerade so schön zum ungestörten Fließen (oder sagen wir besser: zum gedanklichen Stillstand!) gebracht haben.

DIE große Mehrheit der Bevölkerung auch in Deutschland möchte aber keine Kriege und möchte auch kein plumpes Freund-Feind-Denken. Die meisten Leute haben kein Interesse an einer Feindschaft mit China oder Russland. Sie wollen soziale Sicherheit und Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit sowohl mit den Menschen in den USA als auch mit den Menschen in Russland, in China, im Iran oder zum Beispiel in beiden Koreas. Wäre dem nicht so, hätte man weder die Propaganda noch die

„Public Relations“ erfinden müssen, die seit Jahrzehnten leider durchaus erfolgreich versuchen, den solidarischen Gedanken einer „Menschheitsfamilie“ durch das trennende Gut-Böse-Schema in den Köpfen der Menschen zu ersetzen. Es ist das alte Prinzip: Teile – und herrsche! Auch im Westen.

SELBER habe ich für mich übrigens klar definiert, was ich unter „links“ und „rechts“ verstehe. Andere halten diese Unterscheidung für mittlerweile überholt. Ich tue das nicht! Natürlich müssen wir Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass mit aller Kraft entgegenwirken! Mir fällt dazu der Schwur von Buchenwald vom April 1945 ein, er gibt mir Orientierung: „[...] Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel [...]“. Ich vergesse aber auch nicht, wie der damalige Außenminister Joseph Fischer von den Grünen im Jahr 1999 die Losung „Nie wieder Ausschwitz“ gegen das dazugehörige „Nie wieder Krieg“ positionierte. Er hat somit eine zentrale Formel des Antifaschismus instrumentalisiert, um den Krieg gegen Serbien zu rechtfertigen. Milosevic, Serbiens damaliger Präsident, wurde zum neuen Hitler hochstilisiert. Wer es dennoch wagte, diesen Krieg abzulehnen, wurde schnell zum angeblich verantwortungslosen „Freund des

Schlächters vom Balkan“ und folglich zum „Nazi-Freund“ erklärt. Ein alter Trick der Kriegspropaganda.

UND gerade auch deshalb stimme ich in einem Punkt mit vielen aktuellen Eliten-Kritikern überein: Nicht jede vom heutigen „Mainstream“ abweichende Meinung ist rechtsradikal oder rassistisch! Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus darf nicht weiter instrumentalisiert werden, um fragwürdige politische und wirtschaftliche Interessen durchzusetzen!

DENKEN Sie bitte an das Thema Flucht und Migration. Die vielen westlichen Kriege der letzten Jahre sind eine wesentliche Ursache dafür, dass Menschen fliehen müssen. Deshalb ist es scheinheilig, erst Kriege zu befeuern und dann eine moralisch untermalte „Willkommenskultur“ zu eröffnen. Des Weiteren wissen wir auch aus vielen historischen Erfahrungen heraus, dass durch Flucht und Migration arme Länder ausbluten, weil unter diesen Menschen auch viele gut ausgebildete Fachkräfte sind, die hier bei uns dann zu niedrigen Löhnen und Gehältern arbeiten sollen. Diese Fachkräfte aber werden nicht nur bei uns, sondern viel dringender in und von ihren Heimatländern gebraucht! Im Fußball wird übrigens dem ausbildenden Verein wenigstens eine kompensatorische Ausbildungs-Entschädigung bezahlt, wenn der

junge Stürmer zu einem Top-Klub wechselt.

DES Weiteren dürfen wir nicht vergessen, dass den Menschen zunächst am besten dort geholfen ist, wo ihre ursprüngliche Heimat ist. Wer die großen Gefahren einer weiten Flucht kennt, weiß, dass das kaum einer freiwillig macht. Die Menschen werden von der Tristesse, von sozialen Zwängen oder vom Krieg vertrieben. Daher müssen wir uns dafür einsetzen, dass auch den westlichen Waffenexporten, den Kriegen, den wirtschaftlichen Sanktionen oder auch den illegalen geheimdienstlichen Versuchen, Unfrieden zu stiften und unliebsame Regierungen zu stürzen, endlich ein Ende gesetzt wird!



GRENZEN sind per se nichts Schlechtes, denn sie haben seit jeher auch eine Schutzfunktion. Denken Sie an den sogenannten „Freihandel“ oder die „Freizügigkeit“. Was heute alles sehr verlockend nach liberaler „Freiheit“ klingt, ist in vielen Fällen gezielt erzeugte Migration, die über

den Zustrom billiger Arbeitskräfte zu Lohndumping und Ausbeuterei führt. Das zu kritisieren, ist solidarisch, aber keineswegs rechtsradikal!

IN diesem Zusammenhang ist auch die pauschale Verunglimpfung von „Corona-Kritikern“ und ihren Demonstrationen als „verschwörungsideologisch“ und „rechtsextrem“ zu sehen. Vorab: Selbstverständlich braucht jede Gesellschaft gute Strategien, um mit den sich verbreitenden Krankheiten umzugehen. Viren gehören zum Leben, das ist nichts Neues. Ältere und Vorerkrankte mussten auch früher schon besonders geschützt werden. Vieles, was ihnen dabei wirklich hilft, ist richtig. Und nicht alles, was aktuell an Maßnahmen durchgeführt wird, ist verkehrt.

ES gibt aber gute Gründe, skeptisch zu sein, was diese sogenannte Pandemie und ihre öffentliche Darstellung betreffen. Denken Sie alleine an die täglichen absoluten Zahlen von „Infizierten“, die uns in großen Schlagzeilen präsentiert werden. Dabei weiß jeder, dass absolute Zahlen für sich nichts aussagen. Wie viele „Falsch-Positive“ erzeugen die Massentests? Sind die „Infizierten“ auch tatsächlich erkrankt? Wie ist das Verhältnis von „Infizierten“ zur (immer weiter steigenden) Anzahl der Tests? Wie sah es mit den Toten in den Vorjahren aus, zum Beispiel in der schweren Grippesaison 17/18? Wie genau ist es um die

Gesundheitssysteme in den einzelnen Ländern bestellt? Alles müsste zuvorderst in Relation oder in breitere Zusammenhänge gesetzt werden, um an Aussagekraft zu gewinnen. Macht es Sie nicht skeptisch, dass das in den Leit-Medien kaum geschieht? Ich habe in den letzten Monaten überfüllte Seen und Freibäder gesehen. Menschen neben Menschen ohne Maske im gleichen Wasser. Die Krankenhäuser und Intensivstationen aber sind aktuell leer wie nie.

UNTER anderem diese Fragen haben am 29.8.2020 Zehntausende in Berlin aus den verschiedensten Blickwinkeln heraus zur Sprache gebracht. In den Leit-Medien aber kamen nur die wenigen Hundert vor – höchstens ein Prozent aller Demonstranten - welche erstaunlich ungehindert die Treppen zum Reichstag belagern und Reichsflaggen schwenken konnten. Wer auch immer die Idee zu dieser Aktion hatte: Genützt haben diese Leute sicher nicht dem Anliegen der übrigen Demonstranten, welche die sogenannte Corona-Pandemie kritisch zu beleuchten versuchten. Über sachliche Kritik, die Inhalte und Forderungen der restlichen 99 Prozent wurde nämlich in den Leit-Medien erst gar nicht mehr berichtet. Redeauszüge habe ich keiner „tagesschau“ gesehen. Die Reden vor dem Reichstag kamen den Leit-Medien offenbar gerade recht.

DIE Frage „Cui bono?“ ist jedoch gerade heute auch aus anderer

Perspektive heraus nicht unberechtigt: „Wer hat davon einen Vorteil?“ Amazon, Google, Facebook, Apple und Microsoft sind sicher die großen Gewinner der sogenannten „Corona-Krise“, die schon weit vor „Corona“ eine wirtschaftliche Krise war. Die Gewinne, die Macht und der Einfluss dieser Konzerne sind deutlich gestiegen! Den wirtschaftlichen „Lockdown“ aber werden vor allem die Schwächeren und Schwächsten bezahlen.

ZUM Abschluss möchte ich Ihnen einen Gedanken mitteilen, der mir im sogenannten „Vergiftungsfall Nawalny“ gekommen ist. Er ist eigentlich ganz einfach: Warum sollte der russische Präsident Putin so etwas veranlassen? Welchen Nutzen hätte er davon? Wladimir Putin wäre doch geradezu dämlich, würde er – kurz vor dem Abschluss wichtiger wirtschaftlicher Projekte – der ohnehin skeptischen westlichen Welt deren Vorurteile auf dem Servierteller bestätigen. Er würde vielmehr den USA in die Hände arbeiten, die aus eigenen wirtschaftlichen und politischen Motiven heraus an einer tiefen Zusammenarbeit zwischen Europa und Russland nicht interessiert sind. Nicht umsonst auch war der heutige Oppositionelle Nawalny einst Stipendiat an der amerikanischen Yale-Universität.

EIN Mordversuch durch Vergiftung ist ein schlimmes Verbrechen. Die Täter müssen ermittelt und bestraft

werden. Für die US-Administration und ihre Unterstützer gilt jedoch das gleiche: Sie haben in ihren Kriegen der letzten Jahre Hunderttausende umgebracht. Wer hier schweigt, braucht über Russland den moralischen Zeigefinger nicht erheben.

Die *FEILE* im Brot.

Verantwortlich:
Alexander Pschorr

Thalbacher Straße 43

85368 Moosburg.

Erscheint im Regelfall
monatlich. Überparteilich &
solidarisch. Diskutier´mit!